

Flüchtlinge im transatlantischen Imperialismus

Vortrag von Werner Rügemer am 2. April 2016 im MEZ

Die Fluchtursachen bildeten sich nicht erst in der historischen Phase seit dem Ende des Sozialismus oder mit der sogenannten Globalisierung. Die kolonialistischen Praktiken der Weltmächte Großbritannien, Frankreich, Deutschland, USA, auch der kleineren Staaten Spanien, Österreich, Niederlande, Belgien, Portugal und Italien seit dem 19. Jahrhundert wirken bis heute nach. Sie brachten mit Rohstoffaneignung, Arbeitskräfteausbeutung, Korrumpierung der Eliten und gleichzeitiger Vernichtung von Emanzipationsbewegungen die Unterentwicklung. Und sie bereiteten seit dem 2. Weltkrieg Voraussetzungen hervor für die neuerliche imperialistische Durchdringung zahlreicher Staaten, auch neu emanzipierter Nationalstaaten.

Die weitere Unterentwicklung Afrikas und der arabischen Welt nach dem 2. Weltkrieg geht vor allem auf die imperiale Politik der USA zurück. Sie verhinderten im Bündnis mit Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden und Belgien demokratische, sozialistische und nationale Entwicklungen, und zwar durch Morde, Putsche und Kriege, sei es im Kongo (Lumumba), in Ägypten (Nasser) oder im Iran (Mossadegh), durch die Stützung und Etablierung von Dutzenden korrupter Diktaturen und Scheindemokratien und durch die Praktiken der Weltbank.

Mit der sogenannten Globalisierung und dann erst recht mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten ging diese Entwicklung in eine neue Runde, die keineswegs beendet ist. Nach dem Ende der sozialistischen Staaten in Europa wurde diese Entwicklung in teilweise neuen Formen beschleunigt. Der Krieg zur ethnopolitisch-nationalistischen Aufspaltung des sozialistischen Jugoslawiens und die sogenannte Integration in die EU brachte Armut und Arbeitslosigkeit unter neuen und alten Kollaborateuren oder deren Nachfolgern – und eine Flüchtlingswanderung bis heute.

Die „westliche Wertegemeinschaft“, deren Werte nachhaltig gegen die universellen Menschenrechte der UNO verstoßen, bekommt auch mit Flüchtlingen eine Rechnung präsentiert, die auf Praktiken und Verbrechen von weit über einem Jahrhundert zurückgeht.

Die transnationale kapitalistische Klasse

Die als „Globalisierung“ verharmloste Praxis brachte und bringt eine transnationale kapitalistische Klasse hervor. Mit dem Schwerpunkt in den USA und Westeuropa ergänzt sie sich seit einigen Jahrzehnten schrittweise durch Mitglieder aus den Golfstaaten und Oligarchenclans aus allen Kontinenten.¹ Sie sorgt sich weniger denn je darum, dass die einzelnen Volkswirtschaften als ganze wachsen. Relative Vollbeschäftigung wie früher wird weder gewollt noch versprochen. Im Gegenteil: Es werden Prekarität und Niedrigstlöhnerie

¹ Werner Rügemer: Die Transnationale Kapitalistische Klasse, Hintergrund 1/2016

unternehmerisch praktiziert und staatlich organisiert, nationalstaatlich wie international, durch Konzerne, Staaten und internationale Institutionen. Sie erhalten eine permanente Erpressungssituation sowie die Konkurrenz der Schwachen gegen die Schwächeren aufrecht, im nationalen wie internationalen Maßstab. Hochbezahlte Profis wie die Wirtschafts“prüfer“ von Price Waterhouse Coopers organisieren die weltweite Steuerhinterziehung für Konzerne und Investoren. Ratingagenturen, die großen Investoren gehören, bewerten auch die EU-Mitgliedsstaaten und bestimmen die Kreditkonditionen mit.² Unternehmensberater wie McKinsey trimmen die Unternehmen nach dem Motto „Mehr Leistung mit weniger Personal“. Wirtschaftskanzleien wie Freshfields beraten Regierungen und bereiten Finanzgesetze vor. Der immer noch reichste und mächtigste kapitalistische Staat des Westens machte und macht es vor: Neben dem extremen Reichtum existieren dauerhaft Dutzende Millionen Bürger an der Existenzgrenze und darunter, arm weil arbeitslos, aber eben auch arbeitend *und* arbeitslos (working poor), abgedrängt auch in Slums, Reservate und Gefängnisse. Die Auslagerung der niedrigen Produktionsstufen in Staaten mit Niedrigst-Arbeits- und Umweltstandards geht einher mit dem permanenten Zuzug von Flüchtlingen aus den zerstörten und ausgebeuteten Staaten wie damals die Boat People aus Vietnam und heute etwa aus Mexiko und Mittelamerika.

Auch die jüngsten Kriege, die die großen Flüchtlingswanderungen nach Europa verursachten und weiter verursachen, wurden von den USA angeführt: Jugoslawien in den 1990er Jahren, Afghanistan seit 2001, Irak seit 2003, Libyen und Syrien seit 2011. Für diese Kriege fanden die USA ihre wechselnden Koalitionen der Willigen in der EU, seien sie überwillig oder halbwillig. Man machte aus aufkeimenden Bürgerkriegen langdauernde Weltkriege, statt die Bürgerkriege zu befrieden.

Dauerhafte Kriege als Geschäft

Der gegenwärtige Imperialismus durchläuft eine postheroische Phase, wohl für den Rest seiner Herrschaft. Die Masse der wehrfähigen Bevölkerung ist nicht mehr für einen längeren Kriegseinsatz zu gewinnen. Alle wichtigen Staaten haben die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft und auf Berufsarmeen umgestellt, die USA nach dem Vietnamkrieg; zuletzt schaffte die Bundesrepublik die allgemeine Wehrpflicht ab, und zwar im Zusammenhang mit dem öffentlichen Eingeständnis, dass der Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan ein Kriegseinsatz ist. Nicht nur aus technologischen Gründen braucht man eine Berufsarmee; wenn der nicht mehr kampfbereite Durchschnittsbürger einberufen würde, wäre er kein zuverlässiger Soldat mehr.

Seit dem Vietnamkrieg hat die Führungsmacht des Westens keinen Krieg mehr gewonnen. Und keiner der bis heute geführten Kriege wurde und wird von der Bevölkerungsmehrheit moralisch mitgetragen, auch nicht bei den

² Werner Rügemer: Ratingagenturen. Einblicke in die Kapitalmacht der Gegenwart, Bielefeld 2012

Bündnispartnern der NATO, auch nicht im besonders folgamen Deutschland. Das gilt etwa für die gegenwärtigen Kriege und Kriegsfortsetzungen im Irak und in Afghanistan.

Das bedeutet aber offensichtlich nicht, dass deshalb Kriege nicht mehr geführt werden. Im Gegenteil. Der militärisch-industrielle Komplex der USA, in den 1950er Jahren sogar durch den damaligen US-Präsidenten Dwight Eisenhower kritisch dingfest gemacht, hat sich nach dem 2. Weltkrieg in den Kriegen gegen die Befreiungsbewegungen in Afrika, Asien und Lateinamerika weiterentwickelt, ergänzt durch mehrere Geheimdienste. Im Kleinformat haben die wichtigen NATO-Partner dies für sich selbst nachvollzogen.

Auch Rüstungsgüter werden deshalb in alle Welt exportiert, immer weniger gebremst durch ohnehin kaum eingehaltene und zahnlose Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschafts-Gesetze wie in der Bundesrepublik Deutschland. Je länger militärisch unlösbare Konflikte dauern, umso besser für das Geschäft, wobei hinzukommt, dass seit der Regierung von George W. Bush viele militärische und Sicherheitsleistungen von Privatkonzernen erbracht werden.

Es kümmert die Westmächte nicht, dass als Ergebnis etwa des langen Krieges in Afghanistan der von Warlords beherrschte *failed state* geschaffen wurde, und dass er im Human Development Index auf Platz 169 steht, auf einer Liste von insgesamt 187 Ländern, und dass Afghanistan auf dem Korruptionsindex auf Platz 172 von 175 Ländern steht.³ Die ein bis zwei Billionen Dollar Kriegskosten lohnen sich offensichtlich trotzdem oder gerade deswegen – ein Dauergeschäft.

Weithin unbemerkt geblieben ist die führende Rolle Frankreichs in den Golfstaaten, insbesondere in den Vereinigten Arabischen Emiraten. In Abu Dhabi eröffnete Präsident Sarkozy 2009 den ersten neuen Militärstützpunkt Frankreichs nach dem 2. Weltkrieg. Französische Rüstungs-, Technologie- und Energiekonzerne bauen in den Golfstaaten eine zivile und militärische Infrastruktur auf, Investoren aus den Golfstaaten erhalten in Frankreich besonders günstige Bedingungen. Unter Sarkozy hat dies begonnen, unter Hollande wird es verstärkt fortgeführt.⁴

Ein wichtiger, aber empirisch noch nicht ganz geklärter Aspekt für die Auseinandersetzungen im Nahen Osten sind die bekanntgewordenen und noch vermuteten Öl- und Gasvorräte im östlichen Mittelmeer. Syrien, Griechenland, Zypern, der Gaza-Streifen und Israel sind unmittelbare Anrainerstaaten bzw. - Gebiete. Diese Vorräte sind nicht nur als solche interessant, sondern auch wegen ihrer geografischen Lage, also nahe an der Europäischen Union und wichtig für deren unabhängige Energieversorgung. Dafür ist entscheidend, wer die über Förderung und Transport bestimmt.

³ Thomas Gebauer: In falscher Sicherheit, Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2016, S. 53

⁴ Pierre Alonso: Le grand boom des exportations francaises, Libération 14.6.2015

Herkunft der Flüchtlinge in Europa

Dreiviertel der Flüchtlinge weltweit kommen nach der Statistik der Flüchtlingshilfswerks der UNO aus zehn Staaten: Syrien, Afghanistan, Somalia, Sudan, Südsudan, Kongo, Myanmar, Zentralafrikanische Republik, Irak, Eritrea. Dies deckt sich weitgehend mit den Staaten, aus denen die Flüchtlinge in den letzten Jahren bisher auch nach Europa gelangt sind, in der Reihenfolge: Syrien, dann Albanien, Kosovo, Afghanistan, Irak, Serbien, Mazedonien, Eritrea, Pakistan, darunter also drei Staaten aus dem ehemaligen Jugoslawien. Das bedeutet: Das sind Staaten, in denen die USA mit Militär und Geheimdiensten und jeweils wechselnden Bündnispartnern aus der NATO und aus den Golfstaaten Kriege geführt haben oder führen und/oder Terroristengruppen fördern oder gefördert haben.⁵

Die Situation in Syrien als gegenwärtiger Hauptherkunftsstaat von Flüchtlingen ist Ergebnis der geopolitischen Strategie des Westens. Sie besteht zum einen darin, den Rest an widerständigen Staaten und Regionen, die nicht vollständig in das westliche Muster passen, zu beseitigen, mit allen Mitteln, auch auf Kosten von hunderttausenden Toten, Millionen Flüchtlingen und zerstörter Infrastruktur, so bekanntlich auch in Afghanistan, Libyen und im Irak.

Die Strategie des US-geführten Westens besteht zum anderen darin, nicht nur möglichst viele europäische Staaten mit in die Kriege ziehen zu lassen, sondern vor allem die Golfstaaten aufzurüsten und Stellvertreterkriege anzuzetteln. Der Vorschlag Russlands von 2012, zwischen der Assad-Regierung und den Oppositionsgruppen Verhandlungen zu vermitteln, wurde gnadenlos abgelehnt. Damit wurden direkt und indirekt die Bedingungen geschaffen, dass noch mehr Menschen flüchten, dass Syrien verarmt und destabilisiert wird und dass kleine Terroristengruppen groß und strategisch wichtig werden, so Al Qaida, Al Nusra und vor allem der Islamische Staat IS. Er trägt den Terror auch ins Herz Europas. Die direkte und indirekte Förderung des Terrorismus gehört zur selben Politik, die Fluchtursachen schafft.

Fluchtursachen in Afrika sind teilweise andere: Landgrabbing mit der großflächigen Vernichtung kleinbäuerlicher Existenzen, hunderte von Freihandelsabkommen mit EU-Staaten, Überfischung der Meere um Afrika herum, Austeritätspraktiken der Weltbank, französische und internationale Militärmissionen. Manfred Sohn hat das auf die Formel gebracht: „Die Staaten Westeuropas haben Nordafrika mit Billigfleisch und Waffen bombardiert und erhalten als Antwort die erwerbslos gemachten und in ihrem Leben bedrohten Menschen zurück. Man könnte sagen: Die vom Geflügelschlachthof in

⁵ Conrad Schuhler: Ursachen der Flucht: Krieg, Armut, Umweltkatastrophe oder der globale Kapitalismus, in: Auf der Flucht, isw Report Nr. 104, München 2016

Niedersachsen erwerbslos gemachten Afrikaner machen sich auf den Weg, um einen der dort bestehenden 400 Arbeitsplätze zu ergattern.“⁶

Die gegenwärtigen Flüchtlinge, die nach Europa gekommen sind oder kommen wollten und weiter wollen, kommen an einen Ursprungsort ihrer Fluchtursachen. Wobei eine große Ausnahme gilt: nur ein winziger, statistisch zu vernachlässigender Teil gelangt in den Hauptort der Fluchtverursachungen, in die Vereinigten Staaten von Amerika. Dorthin gelangen ähnlich bekämpft und selektiert, legalisiert und illegalisiert vor allem Flüchtlinge aus Mittel- und Südamerika, das die „einzige Supermacht“ mit alten und neuen Mitteln immer noch als ihren Hinterhof behandelt bzw. behandeln möchte.

Akteure und Widersprüche

Wer mischt nun in Europa beim Management der sogenannten Flüchtlingskrise mit? Das sind sehr verschiedene Akteure, die keineswegs eine einheitliche Strategie verfolgen.

Die USA als Hauptverursacher bemühen sich, als Unbeteiligte dazustehen. US-Präsident Obama ermahnte im August 2015 die Europäer, insbesondere die Bundeskanzlerin Merkel, möglichst viele Flüchtlinge aufzunehmen, und gleichzeitig mehr Verantwortung bei der Fortsetzung der weltweiten Kriege zu übernehmen; Obama stellte in Aussicht, dass die USA bis September 2016 insgesamt 10.000 Flüchtlinge aufnehmen, allerdings nur aus Syrien.⁷

Auch Philip Ratha, Leiter der Migrationsabteilung in der Weltbank in Washington, forderte die EU auf, die Grenzen offen zu halten und die paar Millionen Flüchtlinge aufzunehmen. Die Kosten ihrer Unterbringung seien gering im Vergleich zu den Handelseinbußen von 18 Milliarden Dollar, die wegen der verzögerten Grenzkontrollen für Handelstransporte zu erwarten seien.⁸

Im März 2016 forderte Obama nicht nur die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens, sondern besonders auch der Bundesrepublik erneut auf, sich mehr in Syrien zu engagieren. An die Adresse Merkels warnte er, dass die Aufnahme von Flüchtlingen nicht genug sei. Obama machte die Sündenliste Deutschlands auf, das bei der militärischen Mission gegen Libyens Gadhafi ebenso zurückhaltend gewesen sei wie gegenüber Syriens Assad. Die inzwischen eingeleiteten Militäraktionen und Rüstungsverkäufe Deutschlands sind für Obama noch nicht genug. Deutschland verfolge gegenüber Syrien immer noch die Politik des „blinden Auges“.⁹

Flüchtlinge sind auch ein militärisches und Sicherheitsproblem. Gunnar Heinsohn vom NATO Defense College in Rom und von der Bundesakademie

⁶ Manfred Sohn: Das große Vorbeben. Ökonomische Aspekte der Wanderungs- und Fluchtbewegungen, junge Welt 9.3.2016

⁷ Anruf aus Washington: Obama lobt Merkel für Aufnahme von Flüchtlingen, Spiegel online 27.8.2015

⁸ Moritz Koch in Handelsblatt 21.3.2016

⁹ Natalie Noufayrède: Obama is right. EU's free ride must end, The Guardian Weekly 18.3.2016

für Sicherheitspolitik stellt langfristige Überlegungen an: Wenn die Europäische Union ein Sicherheitsanker des Westens bleiben soll, dann braucht sie bis 2050 zwischen 75 und 100 Millionen „Neubürger“. Nur eine gewisse Zahl von Einwohnern, die auch arbeiten, kann langfristig das wirtschaftliche Polster für militärische Leistungsfähigkeit gewährleisten. Aber aus dem weltweiten Angebot an potentiellen Flüchtlingen zwischen Pakistan und Ghana sollen nur die Fittesten durchkommen. Wir brauchen nur Hochqualifizierte, so die Militärstrategen.¹⁰

Etwas anders sieht es die Unternehmerlobby. In der Initiative „Wir zusammen – Unternehmen engagieren sich für die Integration von Flüchtlingen“ sind von adidas über Deutsche Bank, Hugo Boss und Siemens bis Volkswagen deutsche Unternehmen zusammengeschlossen. Sie suchen Flüchtlinge aller Qualifikationsstufen.¹¹ Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände BDA will für Flüchtlinge weitere Ausnahmen vom Mindestlohn.¹² Ende 2015 schlug Bundesarbeitsministerin Nahles hunderttausend Ein-Euro-Jobs für Flüchtlinge vor. Das würde den sowieso zu niedrigen Mindestlohn noch weiter unterlaufen. Das kommt barmherzig und pragmatisch daher, käme aber einem Flüchtlings-Arbeitsdienst nahe.¹³

Flüchtlinge sind eine traditionell wichtige Zielgruppe für Geheimdienste. Sie wollen zum einen Informationen aus den Herkunftsländern, zum anderen suchen sie V-Leute. Aus einer wohl nicht erschöpfenden Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken im Bundestag geht hervor, dass der BND und das Bundesamt für Verfassungsschutz zwischen 2000 und 2013 an 850 Asylbewerber „herangetreten“ sei, „um nachrichtendienstliche Informationen abzuschöpfen“. Aus der Antwort auf eine weitere Anfrage der Linken im Bundestag geht hervor, dass mindestens 1.000 Flüchtlinge als Informanten des BND Asyl bekamen, dass die abgeschöpften Informationen sich vorrangig auf Bombardierungs- und Drohnenziele beziehen, dass der BND in Flüchtlingsunterkünften stationiert ist und eng mit dem US-amerikanischen Geheimdienst Defense Intelligence Agency (DIA) zusammenarbeitet.¹⁴

Internationaler Think Tank entwirft den Deal der EU mit der Türkei

Als die zwiespältige Merkel'sche Barmherzigkeit nicht mehr funktionierte, wurde von außen eingegriffen. Kleinen, bornierten Imperialisten muss auf die Sprünge geholfen werden, damit sie aus ihren Sackgassen herausfinden. Die European Stability Initiative (ESI) ist ein internationaler Think Tank mit Standorten in Berlin, Brüssel und Istanbul. Er wird gesponsert unter anderem vom German Marshall Fund of the United States, vom Bunte Revolutionen-

¹⁰ Gunnar Heinsohn: Jenseits der Emotionen, Handelsblatt 30.7.2015; Wohin mit den jungen Männern? Interview mit Gunnar Heinsohn, Die Zeit online 21.11.2015

¹¹ www.wir-zusammen.de/ueber-die-initiative

¹² Arbeitgeber wollen weniger zahlen, www.tagesschau.de 24.11.2016

¹³ Nahles wiederholte diesen Vorschlag im März 2016: Nahles will mit Ein-Euro-Jobs für Flüchtlinge starten, de.reuters.com 23.3.2016

¹⁴ Flüchtlinge als Informanten – Asyl vom BND, Zeit online 1.4.2016

Organisator Open Society Institute (George Soros), vom Rockefeller Brothers Fund, von der Europäischen Kommission, von der Robert Bosch-Stiftung und vom United States Institute of Peace. ESI entwarf unter dem Label „Merkel-Plan“ den Deal zwischen der EU und der Türkei. Damit werden Millionen Flüchtlinge gegen Geld auf Dauer einem autoritären Regime außerhalb der EU überantwortet. Damit auch erhalten syrische Flüchtlinge einen privilegierten Status gegenüber allen anderen Flüchtlingen.¹⁵ Der Deal bedeutet auch, dass die EU die Unterstützung des Islamischen Staates durch die Türkei und die Kurdenverfolgung akzeptiert.

In Zusammenhang damit steht Schäubles so genannter „Marshall-Plan“, den er beim Weltwirtschaftsforum in Davos vorschlug. Die syrischen Nachbarstaaten und Griechenland sollen für ihre auf Dauer zu betreibenden Flüchtlingslager finanziell belohnt werden.¹⁶ Das ist reine Demagogie, denn diese Art „Marshall-Plan“ hat nicht die wirtschaftliche Förderung dieser Staaten zum Ziel.

Inzwischen sind neben der EU-Grenzsicherungseinheit Frontex auch NATO und Bundeswehr im Mittelmeer dabei, die „Flüchtlingsflut“ einzudämmen bzw. umzulenken. Wenn es so weiterginge, wäre das millionenfache Dahinvegetieren der Flüchtlinge einzementiert, wären die Ursachen für Flucht und Terror nicht beseitigt; vielmehr würden sie aufrechterhalten, und zwar mit einem noch härteren Umgang mit den Flüchtlingen.

Konsequenzen: Vor allem die Kriege beenden!

Nicht zuletzt das jahrelange Ertrinkenlassen tausender Flüchtlinge im Mittelmeer vor den Grenzen der EU zeigt die gnadenlose Unmenschlichkeit einer sich auf das Christentum, teilweise auch auf christlich-jüdische Wurzeln berufenden Werte-Ordnung. Weder die Europäische Kommission noch Frontex noch die deutsche Bundesregierung wollen wissen, wie viele Flüchtlinge ertrinken. Nur Asylverbände kümmern sich um diese Frage. Sie schätzen sehr, sehr vorsichtig die Zahl der toten Flüchtlinge zwischen den Jahren 2000 und 2013 auf 23.000.¹⁷

Unsere wesentliche Forderung ist, die Fluchtursachen zu beseitigen. Dabei liegt die Ursache nicht in den Flüchtlingen selbst, wie es die gegenwärtige Politik handhabt, die bei aller Rhetorik der Bekämpfung der Fluchtursachen die Flüchtlinge bekämpft. Beendet werden müssen zuerst die Kriege. Dazu gehört auch das Verbot der offenen und geheimen Unterstützung von Terroristengruppen, sei es durch NATO-Mitglieder, sei es durch Bündnispartner wie die Golfstaaten.

Wir müssen auch die Rüstungsverkäufe anprangern, und dies in jedem einzelnen Mitgliedsstaat der Europäischen Union. Aber auch hier sind die

¹⁵ ESI: The Merkel Plan. Restoring control, retaining compassion. A proposal for the Syrian refugee crisis, 4 October 2015, www.esiweb.org

¹⁶ Ein Marshallplan für den Nahen Osten, www.faznet.de 21.1.2016

¹⁷ www.proasyl.de/news 31.3.2014

Größenordnungen zu berücksichtigen: Allein im Jahr 2015 genehmigten die USA 33 Milliarden Dollar für Rüstungsexporte an Katar, Saudi-Arabien und an Salafisten-Gotteskrieger in Syrien. Allein Katar erhielt 2014 aus den USA Kampfhubschrauber, Patriot-Raketenabwehrsysteme, Militärtransportflugzeuge und tragbare Panzerabwehrlenk Waffen im Wert von 10 Milliarden Dollar.¹⁸ Daneben die Bundesrepublik: im Jahre 2014 exportierte sie weltweit Rüstungsgüter in Höhe von 6,5 Mrd. Euro, davon gingen 2,4 Mrd. in den Nahen Osten, weit an erster Stelle an Israel (1,8 Mrd.), dann an die Vereinigten Arabischen Emirate (300 Mio) und Saudi-Arabien (209 Mio) sowie in kleineren Beträgen an weitere Staaten.¹⁹ Im 1. Halbjahr 2015 stand auf der deutschen Rüstungs-Exportliste weiter Israel an erster Stelle, gefolgt von Saudi-Arabien, Algerien, Oman und Irak.²⁰

Die Europäische Union agiert, wie sich nicht nur seit der Einführung der Einheitswährung Euro zeigt, im Inneren nicht als Friedens-, Wirtschafts und Solidargemeinschaft. Der Umgang mit den Flüchtlingen zeigt, dass die Europäische Union auch keine Friedens- und Solidargemeinschaft nach außen ist.

Auch aus diesem Grund muss Europa mit demokratischen Werten neu begründet werden. Die auch von der Bundeskanzlerin gebetsmühlenartig beschworenen Werte sind bewusst diffus, sie müssen diffus sein, weil sie lügenhaft sind, weil sie unausgesprochen das Recht zur kriegerischen und wirtschaftlichen Intervention in Drittländern beinhalten. Dasselbe gilt für „unsere Lebensweise“, die gegenüber den terroristischen Attentaten in Westeuropa beschworen und gefühlsschwanger verteidigt wird: Zu dieser Lebensweise gehört unausgesprochen auch das angemaßte Recht, auf Kosten Ärmere das Leben zu genießen und die Ärmere von der Reichumsfestung fernzuhalten. Nicht Sicherheit bringt Frieden und allgemeinen Wohlstand, sondern: „Das Recht wird in der Wüste wohnen und Gerechtigkeit auf dem Acker hausen, und der Gerechtigkeit Frucht wird Friede sein“, wusste schon Jesaja im Alten Testament.²¹

Die universellen Menschenrechte

Deshalb vertreten wir die klaren Werte der Demokratie. Dazu gehören die universellen UNO-Menschenrechte. Sie dürfen nicht nach „westlichem“ Vorbild auf die selektiven Rechte der Meinungs- und Versammlungsfreiheit und die freie Wahl des Geschlechts reduziert werden, konjunkturbedingt gelegentlich untermischt mit isolierten Frauenrechten. Vielmehr gehören zu den ganzen Menschenrechten bekanntlich oder unbekanntlich zum Beispiel auch das Recht auf Frieden, auf Arbeit und Schutz bei Arbeitslosigkeit, auf sichere Wohnung

¹⁸ Thomas Pany: USA - Waffenverkäufe an Golfstaaten für 33 Milliarden Dollar, telepolis 29.3.2016

¹⁹ www.waffenexporte.org, Empfängerländer, abgerufen 30.3.2016

²⁰ Spiegel online 9.8.2015

²¹ Jesaja 32,16-17

und Gesundheitsversorgung, auf gleichen Lohn für Mann und Frau, auf geregelten Mindestlohn, auf Schutz vor Gefahren bei der Arbeit.²²

Wir müssen uns auch mit dem zwiespältigen Konzept der Human Security, der „Menschlichen Sicherheit“ auseinandersetzen, das die UNO 1994 beschlossen hat. Darin werden einzelne Menschenrechte – übrigens nicht die Arbeitsrechte – für die Sicherheit der Individuen und der Bevölkerung von den Allgemeinen Menschenrechten und vom Völkerrecht isoliert. Individuen und Bevölkerung sollen sich gegen staatliche Willkür wehren können. Das ist gut oder gut gemeint oder auch demagogisch. Denn gleichzeitig werden dadurch sogenannte „humanitäre Interventionen“ gerechtfertigt, um Regierungen abzusetzen und staatliche Strukturen zu zerstören, die der westlichen Wertegemeinschaft nicht passen.²³

Das Asylrecht haben deutsche Regierungen seit den mitverursachten Zerstörungen und Verarmungen in Ex-Jugoslawien und der deshalb Flüchtenden seit 1993 schrittweise abgebaut („Asylkompromiss“). Einmal dadurch, dass das Asylrecht nicht für Flüchtlinge gilt, die aus EU-Mitgliedsstaaten kommen. Die gelten definitionsgemäß als vollgültige Rechtsstaaten. Des Weiteren wurde das Asylrecht dadurch abgebaut, dass Staaten zu „sicheren Herkunftsländern“ erklärt werden, die durch westliche Interventionen unsicher gemacht wurden, so Ghana, Senegal, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Mazedonien, Albanien, Kosovo und Montenegro. Die Bundesregierung will jetzt auch die nordafrikanischen Staaten Algerien, Marokko und Tunesien zu solchen sicheren Herkunftsstaaten erklären.²⁴

Das deutsche Asylrecht ist eine Reaktion auf den Faschismus. „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“, heißt es im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das 1949 beschlossen wurde. Dies ist überholt und muss geändert werden. Deshalb müssen auch etwa sogenannte „Wirtschafts“flüchtlinge im Sinne der umfassenden Menschenrechte als schutzberechtigt anerkannt werden. Staaten, die von den Westmächten durch Kriege, Handels-, Investitions- und Kreditpraktiken zu verarmten „failed states“ gemacht wurden, dürfen nicht als sichere Herkunftsstaaten bezeichnet werden.

Die EU stützt vermehrt diktatorische Regimes in Afrika, etwa in Eritrea, Sudan und Südsudan. Sie sollen im Grenz- und Flüchtlingsmanagement ausgebildet werden und Bürger an der Flucht hindern. Bei dieser Kooperation, Karthum-Prozess genannt, ist die Bundesregierung führend.²⁵ Diese in der Öffentlichkeit kaum bekannte Kooperation mit afrikanischen Unrechtsregimen muss verstärkt angeprangert werden.

²² Werner Rügemer: Freiheit der Arbeit! Die universellen Menschenrechte gelten auch für die Arbeitsverhältnisse, <http://arbeitsunrecht.de/menschenrechte> 4.8.2012

²³ Thomas Gebauer a.a.O, S.54

²⁴ De Maizière in Nordafrika. Länder wollen Staatsbürger zurücknehmen, www.bundesregierung.de 1.3.2016, abgerufen 30.3.2016

²⁵ Monitor 23.7.2015

Asylrecht und Kommunen

Die deutschen Geheimdienste und Polizeibehörden haben bei den Flüchtlingen nichts zu suchen. Eine Anfrage könnte im Bundestag gestellt werden hinsichtlich der genannten 850 Flüchtlinge, an die die deutschen Geheimdienste „herangetreten“ sind: Was ist dabei herausgekommen, welche Status haben diese 850 damaligen Flüchtlinge heute?

Es wäre auch einer Anfrage wert, inwiefern ausländische Geheimdienste, seien es von NATO-Verbündeten oder von Herkunftsstaaten der Flüchtlinge in Deutschland involviert sind und ob und wie sie ggf. mit den deutschen Geheimdiensten und Polizeibehörden zusammenarbeiten.

Ebenfalls wäre es einer Anfrage wert, inwieweit private Berater und Privatunternehmen in das Flüchtlingsmanagement eingebunden sind, auch auf kommunaler Ebene, wie sie bezahlt wurden und werden und was sie geleistet haben und leisten bzw. nicht leisten und wie teuer sie kommen im Vergleich zu den möglichen Null-Zins-Krediten für die öffentliche Hand.

Das Dublin – Abkommen regelt, dass der Staat, in dem die Flüchtlinge zuerst ankommen, für das Asylverfahren zuständig ist. Das ist in Wirklichkeit ein Schutz der mächtigen Staaten im Zentrum und im Westen. Das Abkommen muss gekündigt werden.

Nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz müssen die Kommunen die Kosten des Unterhalts und der anfänglichen Unterbringung der Flüchtlinge übernehmen. Die Kommunen sind bekanntlich in den allermeisten Fällen vor allem durch die Politik der Bundesregierung und der auch in den Kommunen „regierenden“ Parteien seit langem überschuldet. Die „schwarze Null“ des Griechenland-Erpressers Schäuble soll die Überschuldung auf Dauer stellen beziehungsweise durch weitere, massive Ausgabenkürzungen überwinden, angeblich. Im Interesse sowohl der Einheimischen wie der Flüchtlinge muss der Bund den Kommunen weit mehr Mittel zur Verfügung stellen als bisher. Warum soll nicht, so ein Vorschlag, die Europäische Zentralbank auch einmal sinnvolle Kredite vergeben, diesmal an die Kommunen, und zwar zins- und tilgungsfrei?

In diesem Zusammenhang sollte auch ermittelt werden, welche zweistelligen Milliardensummen in den Aufbau von Grenzen, ihres Betriebs und in die Flüchtlingsabwehr zu Land zu Wasser seit 2000 investiert wurden – und ob sie nicht ausreichen würden, die Flüchtlinge unterzubringen?

Wer ist „rechtspopulistisch“?

Das unmittelbar innenpolitische Problem besteht meines Erachtens in folgendem: Die verschiedenen Regierungsparteien und für regierungsfähig erklärten Parteien haben massiv dazu beigetragen und tragen weiter dazu bei, dass vor allem die weniger begüterten Schichten der Bevölkerung dem demokratischen Prozess entfremdet wurden und werden.

Wir müssen darauf hinweisen, dass nicht nur die AfD und ähnliche Bewegungen rechtspopulistisch agieren, sondern auch die Regierungsparteien und die regierungs- und unternehmensnahen Medien. Die unglaublichen Behauptungen wie die, es gehe uns allen gut, es gebe gar keine wirkliche Armut in Deutschland und in der Europäischen Union, jeder und jede könne einen Arbeitsplatz und ein genügendes Auskommen finden bis hin zur unchristlichen Barmherzigkeit der Bundeskanzlerin gegenüber den Flüchtlingen – alle diese unglaublichen Essentials treiben Teile der Bevölkerung der neuen Unternehmerpartei AfD zu.

Die AfD wird bewusst oder unbewusst genutzt, um Zustimmung und Wahlstimmen von der Partei Die Linke fernzuhalten. Was die AfD wollte, nämlich die Flüchtlinge aus der deutschen Wohlstandsfestung fernzuhalten, wegzusperren hinter militärisch befestigte Grenzen – die Regierungsparteien haben das schließlich vollzogen. Frau Merkel verkündete: Niemand hat die Absicht, Grenzen zu bauen – und dann waren die Grenzen plötzlich da, mit Merkels tätiger Mithilfe. Die AfD hat nur klarer die Logik dessen benannt, worauf ein Teil der etablierten Kräfte hinter ihrem humanitären Gefasel ohnehin zusteuerte, ob gewollt oder ungewollt. Das muss klar ausgesprochen werden.

Auch die Partei Die Linke, soweit mir das erkenntlich ist, hat nicht die notwendigen Beziehungen zu den Teilen der Bevölkerung, die viele und verschiedene Gründe für Proteste haben und teilweise nach Alternativen suchen. Die Linke hat es natürlich doppelt schwer, sich im politischen Getriebe unverstellt zu artikulieren, aber das ist Geschäftsgrundlage, übrigens auch für viele andere Initiativen, die zum mehr oder weniger aktiven dissidentischen Viertel oder gar Drittel unserer Gesellschaft gehören.

Selbst ein Fünftel wäre in Deutschland viel, wo Politik, Unternehmenslobby und Medien mit brüchigen Klischees dahinmerkeln. Unabhängig von der ohnehin nur vage schätzbaren Größenordnung des dissidentischen Potentials sind die Aufgaben einigermaßen klar. Wir sind in der Defensive und können gegenwärtig die letztlichen Entscheidungen weder auf deutscher noch europäischer noch Weltebene beeinflussen.

Viele ältere und viele junge Menschen engagieren sich spontan aus ihrem Gerechtigkeitsgefühl für Flüchtlinge. Das trägt entscheidend dazu bei, dass rassistische und soziale Hetze nicht dominieren. Und kaum bemerkt von der Öffentlichkeit haben Betriebsräte in so manchen Unternehmen angefangen, sich für Flüchtlinge einzusetzen. In den Unternehmen sind die Belegschaften seit vielen Jahren multinational zusammengesetzt. Diese Erfahrungen sind heute umso wichtiger, um neue Aktionsformen zu entwickeln. So haben es Betriebsräte beispielsweise erreicht, dass Beschäftigte, die Flüchtlinge in Deutsch unterrichten, die Hälfte der Stunden vom Unternehmen bezahlt bekommen.²⁶

²⁶ Jörn Boewe / Johannes Schulten: Krieg um die Köpfe, Magazin Mitbestimmung 1/2016

Um die menschliche Würde und die universellen Menschenrechte zur Geltung zu bringen, nicht nur beim Asyl, sondern auch bei den Arbeitsverhältnissen und bei der allgemeinen Existenzsicherung, beim Wohnen, bei der Gesundheit, beim Zugang zu Kitas, Schulen, Fortbildung, auch für den ungehinderten Zugang zu Behörden - dafür ist eine neue zivilgesellschaftliche Selbstorganisation notwendig – für Einheimische wie für Flüchtlinge.

www.werner-ruegemer.de

www.arbeitsunrecht.de